

oö Informiert

Nr. 1, 2021

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz

Wir. Gestalten. Zukunft.

Mit allen, die Leistung
bringen. Und für alle,
die sie bringen wollen.

FPO

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Interview:

**Unternehmen
brauchen Sicherheit**

Seite 2-3

Aschermittwoch:

**Erstmals
digital**

Seite 8-9

Wohnen:

**Beihilfe kräftig
erhöht**

Seite 12

„
Jede Woche Lockdown
kostet dem Handel
1,7 Milliarden Euro
und generiert im
Schnitt rund 15.000
Arbeitslose.“

Im Gespräch mit „öo informiert“ spricht FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner über die aktuelle Situation – auch vor dem Hintergrund der Pandemie.

ÖÖ Informiert: Seit fast einem Jahr leben wir mit der Pandemie. Ein Lockdown folgt dem nächsten, die Wirtschaft stöhnt, Unterricht findet kaum in den Schulen statt. Ihre Einschätzung der Lage?

Haimbuchner: Wir stolpern von einem Lockdown, von einer Welle in die nächste. Die Regierung inszeniert ein Maßnahmen-Chaos nach dem anderen.

Interview:

Sicherheit für unsere Leistungsträger

Kurz, Anschober, Kogler und Kollegen hinterlassen eine Orientierungslosigkeit. Die Lage ist alarmierend. In der Wirtschaft, bei der Bildung und in den Familien.

OÖ Informiert: Manche sagen, die Regierung betreibe „Krisenmanagement by Chaos“?

Haimbuchner: Das ist noch milde ausgedrückt. Mit Hau-Ruck-Maßnahmen wurde das Vertrauen verspielt. Ein Verordnungs-Chaos nach dem anderen, eine dann doch wieder wertlose Corona-Ampel, Masken, die ewig bei Senioren nicht ankommen, eine fehlende Impfstrategie. Die Liste des Zick-Zack-Kurses ist lang. Es muss erlaubt sein, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu hinterfragen. Von der Bundesregierung wurde verschlafen, langfristige Konzepte zu entwickeln.

”

Kurz, Anschober, Kogler und Kollegen hinterlassen eine Orientierungslosigkeit. Die Lage ist alarmierend. In der Wirtschaft, bei der Bildung und in den Familien. “

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

OÖ Informiert: Massiv betroffen ist ja die Wirtschaft. Viele Bereiche haben geschlossen, Kurzarbeit und hohe Arbeitslosigkeit waren die Folge. Waren die Lockdowns, was die Bedürfnisse der Unternehmen und der Wirtschaft betrifft, zu kurzfristig?

Haimbuchner: Jede Woche Lockdown kostet dem Handel 1,7 Milliarden Euro und generiert im Schnitt rund 15.000 Arbeitslose. Sämtliche Lockdowns wurden damit begründet, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Es wurde zu wenig auf die Bedürfnisse der heimischen Unternehmen Rücksicht genommen.

OÖ Informiert: Was braucht das Land? Was brauchen die Unternehmer?

Haimbuchner: Wenn wir Oberösterreich wieder zu einem Land der Hochleister machen und mit Schwung aus der Krise führen wollen, dann brauchen wir die Unternehmer. Oberösterreich hat hochgradig innovative Unternehmen mit großem Entwicklungspotential, die den Standort sowie die Arbeitsplätze der Zukunft maßgeblich mitgestalten werden. Was dieses Bundesland zum Motor der heimischen Exportwirtschaft und zur Herzkammer der österreichischen Industrie gemacht hat, war der Vorsprung durch eben jene Innovationen. Das muss ausgebaut werden.

OÖ Informiert: Was bedeutet „Leistung“ für die FPÖ?

Haimbuchner: Es ist die Bereitschaft des Einzelnen, sein Leben durch eigene

Erwerbstätigkeit zu erhalten und dabei einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu leisten. Das ist der Kern unseres Leistungsbegriffs.

OÖ Informiert: Was kann die Politik dazu beitragen?

Haimbuchner: Aus FPÖ-Sicht hat die Politik die Aufgabe, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eigenverantwortlichen Gelderwerb zu schaffen. Die Politik muss schneller und kreativer werden. Wir können uns nicht mehr länger nur auf ‚runde Tische‘ der Sozialpartner und der verkrusteten Kammern verlassen.

Die Erfolgsmodelle von gestern sind kein Allheilmittel für die Herausforderungen des Heute, Morgen und Übermorgen.

OÖ Informiert: Wie können die Unternehmen und Betriebe unterstützt werden?

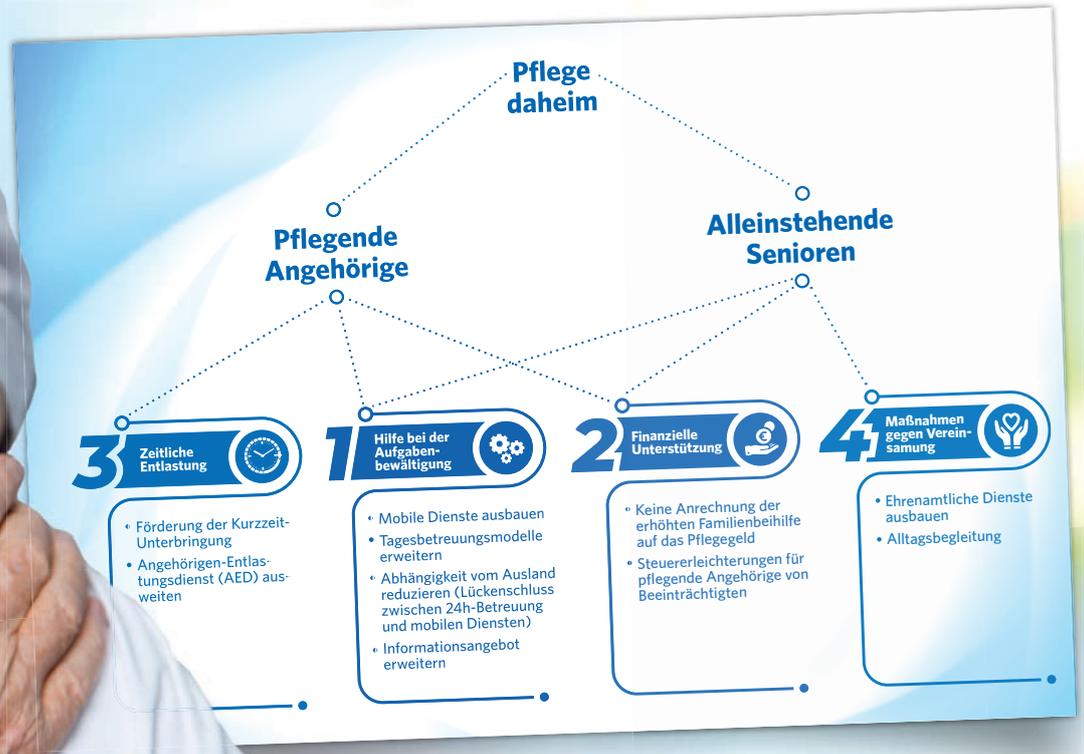
Haimbuchner: Sie sind es, die in Krisenzeiten die größtmögliche Unterstützung bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt und Ausbau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes benötigen. Konkret in der Coronakrise heißt das: ein echtes Konjunkturpaket bereitstellen, das vor allem die Bedürfnisse der EPU's und der KMU's berücksichtigt. Denn diese bilden das Rückgrat unserer Volkswirtschaft.

OÖ Informiert: Was bedeutet das konkret?

Haimbuchner: Unverzichtbarer Bestandteil dieses Konjunkturpakets müssen flächendeckende Steuersenkungen sein. Diese müssen spürbar sein, also vor allem den kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglichen, die nötige Luft zum Atmen zu haben. Und gleichzeitig müssen genau jetzt Investitionen in Zukunftstechnologien getätigt werden, die einen Hochtechnologiestandort wie Oberösterreich, aber auch die Republik als Ganzes, für die Post-Corona-Ära in eine bestmögliche Ausgangslage versetzen.

OÖ Informiert: Stichwort „Oberösterreich-Paket“ – was ist das konkret?

Haimbuchner: Mit dem Oberösterreich-Paket in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro ist sichergestellt, dass wir vom Bund unabhängige und schnelle Hilfe für diejenigen leisten können, die sie dringend benötigen. Dazu zählen ein Härtefallfonds und eine Corona-Bürgschaft für Kleinbetriebe, Landeshaftungen für Mittelstand und Großbetriebe, ein Tourismus-, Arbeitsmarkt sowie Digitalisierungs- und Start-Up-Paket. Ohne uns Freiheitliche wäre insbesondere die Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe nicht so stark ausgefallen.



Pflege daheim braucht spürbare Entlastung

Seit Oktober des letzten Jahres läuft ein Reformprozess zur Pflege, Details aus dem Sozialministerium von Rudi Anschober lassen im laufenden „Jahr der Pflege“ auf sich warten.

Für FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und FPÖ-Sozialsprecherin, LAbg. Ulrike Wall „tickt die sozialpolitische Zeitbombe 'Pflegesystem'.“ „Wir müssen jetzt an den richtigen Schrauben drehen, um das Pflegesystem nachhaltig zu sichern. Unsere Senioren haben durch jahrzehntelange Leistung den Wohlstand in Österreich aufgebaut. Nun ist es unsere Aufgabe, ihnen die beste Versorgung zu sichern“, so die klare Forderung.

Derzeit sind rund 86.000 Menschen in Oberösterreich pflegebedürftig, Tendenz steigend. Davon leben drei Viertel daheim. Die Mehrheit von 57 Prozent wird von Angehörigen betreut, der Rest nimmt mobile Dienste in Anspruch. „Praktisch jeder Pflegebedürftige will zuhause betreut werden“, spricht Haimbuchner eine Studie der FH Burgenland an. Allerdings glauben nur 44 Prozent, sich das auch leisten zu können. „Wir

wollen jener Generation, die unsere Heimat durch ihre Leistung aufgebaut hat und der wir unseren Wohlstand verdanken, ein Altern in Würde in ihrem Umfeld ermöglichen“, so Haimbuchner. Eine stärkere Entlastung der pflegenden Angehörigen und mehr Unterstützungsangebote für alleinstehende Senioren sollen dazu beitragen.

Vier Säulen: Von Hilfe bis zu Maßnahmen gegen Vereinsamung

Gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen hat die FPÖ einen Vier-Säulen-Maßnahmenkatalog erarbeitet: Hilfe bei der Aufgabenbewältigung, finanzielle Unterstützung, zeitliche Entlastung und Maßnahmen gegen Vereinsamung. So sollen etwa die mobilen Dienste bedarfsgerecht ausgebaut werden. Derzeit stagniere das Angebot trotz steigender Zahl an Pflegebedürftigen. Auch die Angebote der Tagesbetreuung müsse aufgestockt werden. „Die für

heuer geplanten weiteren 100 Tagesbetreuungsplätze sind ein erster Schritt“, fordert Wall, dass Angebote zum Erhalt der körperlichen und geistigen Fähigkeiten speziell für Senioren ausgebaut werden. Das Motto dabei müsse lauten: „Hilfe zur Selbsthilfe statt Unterstützung in der Unselbstständigkeit“, so die FPÖ-Sozialsprecherin.

Steuererleichterungen für pflegende Angehörige

Zudem spricht sich die FPÖ Oberösterreich dafür aus, dass pflegende Angehörige von Menschen mit Beeinträchtigung den vollen Pflegegeldbezug bei Bezug der erhöhten Familienbeihilfe sowie Steuererleichterungen erhalten. Denn derzeit werden vom Pflegegeld bei gleichzeitigem Bezug der erhöhten Familienbeihilfe 60 Euro abgezogen. Das betrifft in Oberösterreich 1.689 Kinder und 5.701 Erwachsene mit Beeinträchtigungen.



Konsequenter gegen Drogensünder am Steuer vorgehen!

2020 stieg die Anzahl der registrierten Drogenlenker massiv an: In Oberösterreich wurden im vergangenen Jahr 1.199 Fahrzeuglenker aufgrund von Suchtgift am Steuer angezeigt. „Das Fahren unter Drogeneinfluss ist ein ernstzunehmendes Sicherheitsproblem auf unseren heimischen Straßen“, bilanziert Infrastruktur-Landesrat, Mag. Günther Steinkellner.

Besonders beunruhigt Steinkellner dabei der Anstieg der Fallzahlen: „Obwohl im hinter uns liegenden Jahr 2020 die Mobilität deutlich abnahm, kam es zu einem Anstieg der detektierten Drogenlenker von mehr als 33 Prozent.“ Im Jahr 2019 hatte die Exekutive 899 Autofahrer unter Drogeneinfluss aus dem Verkehr gezogen.

Angesichts dieser Zahlen rüstet die Polizei nach. „Die Polizisten in unserem Land haben in den letzten Jahren zusätzliches technisches Equipment und Schulungsmaßnahmen erhalten, um der Gefahr durch das Autofahren unter Drogeneinfluss effektiver begegnen zu können“, so Steinkellner, „und die nun deutlich gestiegene Registrierung der Drogenlenker zeigt, wie nötig

die bessere Technik für die Polizei ist.“ Au-

ßer Frage stehe, dass Drogen die Wahrnehmung, Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit beeinträchtigen und somit eine erhebliche Gefahr im Straßenverkehr darstellen.

Drogenlenker haben aufgrund der Beeinträchtigung ihres Bewusstseins ein bis zu zehn Mal höheres Risiko, bei einem Unfall schwer verletzt oder getötet zu werden, verglichen mit vorschriftsmäßig nüchternen Verkehrsteilnehmern. Steinkellner erklärt: „Der Einsatz von geeigneten Drogenvortest-Geräten ist neben gut ausgebildeten Exekutivbediensteten und dem operativen Einsatz von Ärzten das wichtigste Präventivmittel, um gegen Drogen am Steuer gezielt vorgehen zu können.“ Er mahnt aber auch: „Wir benötigen weitere legislative Anpassungen, um im Kampf gegen Drogen am Steuer schlagfertiger vorgehen zu können!“

Mag. Günther Steinkellner
Infrastrukturlandesrat



Foto: Land OÖ/Daniel Kauder

Verbesserter Sachkundenachweis:

Sicherheit für Hund, Halter und Umfeld

Das neue Hundehaltegesetz in Oberösterreich kommt ohne Rasseliste! Alle umstrittenen Punkte der Novelle wurden ausgeräumt.

Der Fokus wird auf einer Erweiterung und wesentlichen Verbesserung des Sachkundenachweises liegen. So wird das neue Curriculum mindestens sechs statt bisher drei Stunden Unterricht umfassen und mit einer Prüfung abzuschließen sein. Dieser Sachkundenachweis wird künftig immer vor der Anmeldung eines Hundes vorzulegen sein. Und in Zukunft soll es verpflichtend sein, das Tier vor der Anmeldung in der österreichweiten Heimtierdatenbank einzutragen.



Ing. Wolfgang Klinger
Sicherheitslandesrat

„Zusätzlich wird es ein von Experten geleitetes Aufklärungsgespräch geben – mit dem Ziel, sicherzustellen, dass der jeweilige Hund auch zum jeweiligen Umfeld und zum Wissen und Erfahrungsstand des Hundehalters passt,“ dankt Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger den Experten, die sich mit ihrer Fachkenntnis mehrfach in die Gespräche einbrachten.



„Bildung. Chancen. Zukunft.“



Eltern unterstützen, Schulen öffnen!

Zu den Opfern der Show-Politik der Bundesregierung mit ihren Pressekonferenzen gehören für den Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner neben den tausenden Arbeitnehmern und Unternehmern ganz klar auch die Kinder und Jugendlichen.

„Der Generationenvertrag verpflichtet uns, unseren Kindern die bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Zumindest hat man nun erkannt, dass Präsenzunterricht in den Schulen unbedingt notwendig ist, die Schulen werden unter gewissen Bedingungen nach den Semesterferien wieder geöffnet.“ Der FPÖ-Landeschef befürwortet zudem die Forderung von Bundesparteiobmann Norbert Hofer, Eltern durch eine 13. Familienbeihilfe zu unterstützen. Alleinerziehende sollten sogar eine 14. Familienbeihilfe erhalten. Zudem will die FPÖ rückwirkend einen Bonus von 100 Euro pro Kind und Monat für das Homeschooling, Alleinerziehende sollen 150 Euro erhalten.

Doch: „Wie gestaltet sich der Unterricht, wenn ein Teil der Schüler in der Schule präsent ist und ein kleiner Teil – der keinen Test machen möchte – weiter im Distance Learning verbleibt? Unter welchen Bedingungen können dann Tests bzw. Schularbeiten stattfinden?

Wie sollen Eltern, die berufstätig sind, zugleich die Schichtbetreuung meistern?“

Diese Fragen wirft Haimbuchner auf. Zudem sei nicht klar, ob die nun getroffenen Maßnahmen endlich von Dauer sind oder ob bei steigenden Fallzahlen die Lockdown-Achterbahn von Neuem beginnt.

■ Schüler haben geringen Einfluss auf Infektionsgeschehen

Die Zahlen zeigen eindeutig, dass Schüler – anders als Senioren – unter den Intensivpatienten keine signifikante Größe darstellen, also auch nicht besonders zur Überlastung des Gesundheitssystems beitragen können. Gleichzeitig finden sich renommierte Studien, die nahelegen, dass Schulen einen vernachlässigbaren Einfluss auf das Infektionsgeschehen haben. Die einzig richtige Schlussfolgerung daraus muss sein: Die Schulen augenblicklich und vollumfänglich öffnen und gleichzeitig die tatsächlichen Risikogruppen im höheren Alter besonders zu schützen. Die Bundesregierung dürfe zudem nicht erneut durch stei-

gende Fallzahlen nervös werden, so Haimbuchner. Und weiter: „Wir müssen Eltern, Schülern und auch Kindergartenkindern endlich eine langfristige Perspektive und die Sicherheit geben, dass ihre Aus- und Weiterbildung nicht länger ein Spielball im Corona-Missmanagement ist.“

Schul- und Bildungspolitik ist kein Bereich wie jeder andere und sollte erst recht nicht stiefkindlich behandelt werden. Fehler, die dort gemacht werden, haben jahrzehntelange Auswirkungen auf alle anderen Politikfelder. Sei es die Wirtschaft, das Gesundheits- und Sozialsystem oder auch das Thema Sicherheit: Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind in vielfacher Hinsicht der Schlüssel für eine insgesamt positive gesellschaftliche Entwicklung. Wir können nicht einer ganzen Generation ihre Bildungschancen rauben und zugleich erwarten, dass uns diese Generation einerseits mit ihrer Leistungsfähigkeit aus der Krise führt und andererseits den Generationenvertrag erfüllt und dafür mit ihrer Arbeitsleistung das Pensionssystem finanziert.



Wir müssen Eltern, Schülern und auch Kindergartenkindern endlich eine langfristige Perspektive und Sicherheit geben.

Dr. Manfred Haimbuchner, Landeshauptmann-Stv.



Zuwanderungsbericht:

Zielgenaue Integrationskonzepte wichtiger denn je

Für FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr zeigt der jüngste Bericht des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) über die Migrationsentwicklung „schonungslos auf, dass unser Land und unser heimisches Sozialsystem mit dem ständigen Zuwachs an Ausländern überlastet werden.“ Demnach finden sich 80 Prozent der 2016 eingewanderten Syrer, Afghanen und Tschetschenen nicht am heimischen Arbeitsmarkt wieder.

„Unser Boot ist längst voll! Die Errungen-schaften unserer Leistungsträger dürfen nicht einem falschen Toleranzgedanken zum Opfer fallen. Sowohl in der Kriminalitäts- als auch in der Arbeitslosenstatistik ist die Gruppe der Ausländer überrepräsentiert. Wo bleiben die Maßnahmen von Grünen-Landesrat Kaineder? Dieser kümmert sich ausschließlich um seine Klimaagenden. Er muss schleunigst den Fokus auf die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft legen. Zielgenaue Integrationskonzepte sind wichtiger denn je. Das zeigt der ÖIF-Bericht ganz klar“, fordert Mahr ein rasches Tätigwerden des Integrationslandesrates.

Darüber hinaus erteilt Mahr der unter der schwarz-grünen Bundesregierung nun wieder aufblühenden Zuwanderungspolitik eine klare Abfuhr: „Unter Kurz und Kogler steigen erstmals seit 2015 wieder die Asylanträge in Österreich. Die Ergebnisse der Migrationskrise kommen immer

mehr zum Vorschein. Insgesamt stieg der Ausländeranteil in Oberösterreich auf 15,9 Prozent. Vor 2015 waren es noch 2,3 Prozent weniger. In jedem einzelnen Bezirk ist ein Anstieg der Ausländer-Quote zu verzeichnen. Oberösterreich ist in absoluten Zahlen nach Wien das Bundesland mit den meisten Ausländern.“

In den letzten fünf Jahren ist Oberösterreich um 53.028 Einwohner auf insgesamt 1.490.279 gewachsen. Dieser Anstieg beruht allerdings zu mehr als zwei Dritteln (77,7 Prozent; absolut 41.193) auf Personen, die im Ausland geboren sind. Bei den Geburten in Österreich (22,3 Prozent) sind auch jene der Zuwanderer umfasst, die sich bereits in Österreich aufhielten. Die Quote des ausländischen Bevölkerungszuwachses dürfte demnach noch höher liegen. Diese Tendenz wird im Bericht auch durch die Geburtenraten bestätigt.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr: Ausländeranteil 2020 in jedem oö. Bezirk angestiegen: „Das Boot ist längst voll!“

Die kommenden Monate und Jahre werden nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise und ihres Missmanagements durch die Bundesregierung zu einem Verteilungskampf führen, der tiefe Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen wird.

Es ist deshalb höchste Zeit, gegen-zusteuern und in der Migrations- und Asylpolitik mit Vernunft und Weitblick statt mit naiver Gefühlsduselei zu agieren.

Sozialsysteme: Einwanderung stoppen!

Die Rechnung ist recht simpel: Im Schnitt bringt eine in Oberösterreich geborene Frau 1,49 Kinder zur Welt, Frauen aus dem Irak, Syrien und Afghanistan jedoch 3,25. Schon jetzt haben wir einen

Ausländeranteil von 15,9 Prozent. In absoluten Zahlen leben in Oberösterreich nach Wien die meisten Fremden.

„Wir müssen die Zuwanderung konsequent begrenzen, nicht bleibeberechtigte und straffällige Fremde aus Drittstaaten in ihre Heimat zurückschicken und bei denen, die bleiben dürfen, auf funktionierende Integrationskonzepte setzen“, so Klubobmann Mahr.



„Regierung hat Land nicht durch die Krise, sondern die Krise durch das Land geführt“

Es war ein politischer Aschermittwoch der ganz besonderen Art – ohne ausverkaufte Jahnhalle und deftige Reden in Bierzeltatmosphäre. Dafür zerlegten Norbert Hofer und Manfred Haimbuchner die schwarz-grüne Bundesregierung in einem rund einstündigen Gespräch – und skizzierten ganz nebenbei auf ebenso ruhige wie sachliche Art die freiheitliche Sicht auf die Welt.

Normalerweise tummeln sich zum politischen Aschermittwoch der FPÖ in der Rieder Jahnturnhalle tausende Freiheitliche und Freunde. Doch wegen der aktuellen Corona-Bestimmungen bot der Ort dieses Jahr ein ungewohntes Bild: In der weitgehend leeren Halle tauschten Bundesparteiobmann 3. NR-Präs. Ing. Norbert Hofer und Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ihre ganz persönliche Sicht auf das schwarz-grüne Regierungschao aus. Dabei ging es zwar ruhiger als bei den üblichen Aschermittwochsveranstaltungen zu, die Kritik an Kanzler Kurz und seiner Regierung war aber mindestens ebenso fundamental.

Masken, die anfangs nichts bringen sollten, Verbalattacken auf diejenigen, die den Lockdown prognostizierten oder auch die über die Hintertür eingeführte Testpflicht für Schüler – die Liste der brachialen Widersprüche bei den Coro-

na-Maßnahmen der Bundesregierung ist lang. Statt durchdachter Maßnahmen konzentrierte sich die Bundesregierung auf Show-Politik und PR-Gags. Das traurige Gesicht dieser Politik wurde Gesundheitsminister Anschöber, von dem sich Hofer fragte, warum er noch im Amt sei. Manfred Haimbuchner bezog daher klar Stellung für eine vernunftorientierte Position: „Wir Freiheitliche stehen auf der Seite derer, die sich nicht nur um die beträchtlichen gesundheitlichen Auswirkungen von Corona sorgen machen, sondern denen auch die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und die Verhinderung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs wichtig sind.“ Statt Schüler, die kaum einen Einfluss auf die Auslastung des Gesundheitssystems hätten, mit Tests zu quälen, sollte aus Sicht der beiden Freiheitlichen lieber ein effektiver Schutz der Risikogruppen vorgenommen werden. Hofer fürchtet gar, dass kommende Generationen den Vorwurf erheben werden, man habe ihnen die Zukunft gestohlen. Für Haimbuchner steht ganz klar fest: „Wir brauchen die beste Bildung für unsere Jugend. Die kommenden Generationen müssen nicht nur im globalen Wettbe-



Bundesparteiobmann
Ing. Norbert Hofer

werb bestehen, sondern auch die wirtschaftliche Suppe auslöffeln, die uns diese Bundesregierung eingebrockt hat.“ Beide Politiker betonten, dass beim Corona-Management die Regierungspropaganda und die tatsächliche Lebenswelt der Menschen weit auseinanderliegen. Ob beim sogenannten Homeschooling, den Wirtschaftshilfen für Betriebe oder

”

Statt durchdachter Maßnahmen konzentrierte sich die Bundesregierung auf Show-Politik und PR-Gags. “



Bier und Heringsschmaus.
Die Tradition bleibt erhalten.

”

Die kommenden Generationen müssen nicht nur im globalen Wettbewerb bestehen, sondern auch die wirtschaftliche Suppe auslöffeln, die uns diese Bundesregierung eingebrockt hat. “

der Perspektive für Gastronomie & Tourismus: überall ist das Krisenmanagement der Bundesregierung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und hat zu Enttäuschung und Frust in der Bevölkerung geführt.

Angesichts dieser Tatsachen fragten sich Hofer und Haibuchner: Was kann man dieser Regierung eigentlich noch glauben? „Wenig bis nichts“, wird mancher Zuschauer geneigt gewesen sein zu sagen. Und tatsächlich ist es so, dass Österreich einen überdurchschnittlichen Wirtschaftseinbruch erlebte – von wegen also „gut durch die Krise gekommen“, wie die Bundesregierung weismachen möchte. „Die Regierung hat nicht das Land durch die Krise geführt, sondern die Krise durch das Land“, so das Fazit der beiden FPÖ-Politiker beim digitalen Aschermittwoch.

Dr. Manfred Haibuchner
Landeshauptmann-Stv



Schlepper:**Netzwerken
Handwerk legen!**

Millionengeschäft für Fremde, die angeblich bei uns Schutz suchen: Die Polizei hat Mitte Jänner einen gut organisierten, internationalen Schlepperring ausgehoben. Ein wachsendes Problem, das auch die Integrationsleistungen in Frage stellt.

Mindestens 259 Migranten soll das Netzwerk illegal in die EU befördert haben. Der geschätzte Verdienst: Über zwei Millionen Euro. Gegen insgesamt 25 bekannte Täter wurde im In- und Ausland ermittelt. Zum Teil unter Mitwirkung der Sondereinheit Cobra konnten insgesamt acht Täter festgenommen werden: Syrer, Iraker und ein Afghane.

„Die Schlepperei ist in den letzten Jahren zu einem Riesenproblem geworden. Dahinter stehen internationale, kriminelle und bestens organisierte Netzwerke, die sich ein lukratives Geschäftsfeld aufgebaut haben. Die Erfolgsmeldung des Landeskriminalamtes OÖ ist daher ein gutes Zeichen im Kampf gegen diese illegalen Organisationen, aber bietet dennoch keine Zeit zum Verschmachten. Diese Verbrechen müssen konsequent bekämpft werden“, mahnt FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr an.



Details am Rande: Laut „Lagebericht Schlepperei und Menschenhandel 2019“ ist die Schlepperei wieder auf dem Vormarsch. Und laut Landeskriminalamt hatten auch die Corona-Restriktionen keinen großen Einfluss auf das Schleppergeschäft.



LR Steinkellner: Mit Bewusstseinsbildung Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang weiter dezimieren.

Stärkster Rückgang:**📉 Noch nie so wenige
Verkehrstote**

„Der Rückgang der tödlichen Unfälle im oberösterreichischen Straßenverkehr ist erfreulich. Dennoch verbirgt sich hinter den 65 Verkehrstoten des Vorjahres viel Leid bei den Hinterbliebenen und trauernden Familien. Jeder tödliche Verkehrsunfall ist schlichtweg einer zu viel. Tödliche Unfälle durch Alkohol und Drogen sowie nicht angepasste Geschwindigkeiten sind vermeidbar“, so Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

2020 verzeichnete Oberösterreich einen Rückgang um 22 Verkehrstote – österreichweit der höchste Wert. Zudem sind die 65 Verkehrstoten der tiefste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen. Die meisten Verkehrstoten zu beklagen hatten im Vorjahr die Bezirke Steyr-Land und Braunau, hingegen waren in der Stadt Wels und im Bezirk Kirchdorf keine Verkehrstoten zu verzeichnen.

Bei fast einem Drittel der Verkehrsunfälle war nicht angepasste Geschwindigkeit (31%) Hauptunfallursache, gefolgt von Unachtsamkeit/Ablenkung (21%) und Vorrangverletzung (14%). Die Anzahl der Getöteten durch nicht angepasste Geschwindigkeit stieg von 13 im Jahr 2019

auf 20 im Jahr 2020. Bei den tödlichen Verkehrsunfällen mit alkoholisierten Beteiligten ist nach dem Rückgang im Jahr 2019 für 2020 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Der Wert hat sich von 3,41 % auf 7,69 % mehr als verdoppelt. Nach den Lichtverhältnissen aufgeschlüsselt, ergeben sich 45 getötete Personen bei Tageslicht und 20 bei Nacht.

„Wir werden auch in diesem Jahr 2021 wieder einen Fokus in der Bewusstseinsbildung setzen. Besonders wenn es um die Themen Alkohol und Drogen am Steuer, sowie nicht angepasste Geschwindigkeiten geht“, unterstreicht Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.



Mag. Günther Steinkellner
Infrastruktur-Landesrat



Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

Echte Gesundheitspolitik statt schwarz-grüner Chaos-Maßnahmen

Während die Corona-Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung mit zweifelhaften Freiheitsverzerrungen viel Schaden anrichten, aber wenig Nutzen stiften, bleiben andere Bereiche des Gesundheitswesens auf der Strecke – zum Leidwesen der Österreicher.

Am Beispiel des österreichischen Gesundheitssystems lässt sich eine bizarre Schere von Mitteleinsatz und Effektivität demonstrieren: Österreich liegt laut einer OECD-Studie bei den jährlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf im Europavergleich auf Platz vier, bei den „gesunden Lebensjahren“ jedoch nur auf Platz 13. Ein Ungleichgewicht, das ins Auge sticht. Doch statt derartige Probleme konsequent auch während der Corona-Krise zu bearbeiten – etwa mit Vorsorgeuntersuchungen in jungen Jahren – verlegt sich die schwarz-grüne Bundesregierung auf reine PR-Maßnahmen oder solche, die eine dubiose Beziehung zu den Freiheitsrechten der Bürger offenbaren. Stichwort „Freitesten“.

FPÖ OÖ stellt Maßnahmenkatalog auf

Um den aktuellen Missständen in der Gesundheitsversorgung der Bürger entgegenzutreten, haben FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und der Linzer Gesundheitsstadtrat Dr. Michael Raml einen 5-Punkte-Aktionsplan aufgestellt.

Hierbei geht es darum, die flächendeckende ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen. Das Problem ist dringend, da aktuell rund 40 Prozent der Hausärzte Oberösterreichs vor ihrer Pensionierung stehen. Zeitgleich wandern vier von zehn Medizinstudenten ins Ausland ab. Dem ließe sich unter anderem durch eine Korrektur des Studienplatzvergabesystems entgegenwirken, das derzeit ausländische Studenten bevorzugt. Durch den immer stärker spürbaren Ärztemangel stehen auch Spitäler zunehmend unter Druck. Akut-Ordinationen und Primärversorgungszentren sind hier richtige Maßnahmen. „Diese dürfen aber nicht dazu führen, dass es künftig weniger Hausarztpraxen gibt. Vor allem nicht auf dem Land“, zeigt Haimbuchner auf.

Versorgung sicherstellen

Die Corona-Krise hat es verdeutlicht: Österreich darf sich bei wichtigen Versor-

gungsgütern nicht gänzlich vom Ausland abhängig machen. Haimbuchner und Raml plädieren daher dafür, medizinische Güter von hoher Relevanz wieder im eigenen Land herzustellen. Dazu bedarf es aber entsprechender Projekte.

Darüber hinaus können digitale Gesundheitsdaten und entsprechende Apps bei der medizinischen Versorgung Vorteile bieten. Allerdings müssen die Daten vor missbräuchlichem Zugriff geschützt sein. Um den Datenschutz zu garantieren, sollten die medizinischen und die rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Johannes-Kepler-Universität gemeinsam Lösungen erarbeiten. Oberösterreich könnte somit eine Vorreiter-Rolle bei digitalen Gesundheitsdreh scheiben einnehmen.

Das 5-Punkte-Programm:

- » Regionalen Versorgungsbedarf decken: ausreichend Ärzte vor Ort
- » Spitäler entlasten
- » Gesunde Lebensjahre steigern: u.a. durch Vorsorge
- » Digitalisierte Gesundheitsdreh scheibe
- » Professionalisierung der Grundversorgung



Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteioobmann

Haimbuchner: **Wohnbeihilfe kräftig erhöht**

Klares Signal für ein solidarisches Oberösterreich: Mit der erneuten Verbesserung der Wohnbeihilfe werden nicht nur 7.500 Fördernehmer mehr Geld erhalten. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird auch erweitert. Möglich wird das durch das Oberösterreich-Modell.

Unser Geld für unsere Leut – das ist eine der freiheitlichen Kernpositionen. Mit dem Oberösterreich-Modell hat Landeshauptmann-Stv. Wohnbaureferent Dr. Manfred Haimbuchner dieses Prinzip auch bei der Wohnbeihilfe eingeführt. Seit 2018 wurden die Zugangsvoraussetzungen für Drittstaatsangehörige verschärft: Wer Wohnbeihilfe erhalten will, muss mindestens fünf Jahre rechtmäßig in Österreich aufhältig sein, 54 Monate einkommensteuerpflichtig gearbeitet haben und Deutschkenntnisse auf dem Niveau A2 nachweisen können. Wer also nichts in die Gemeinschaft eingezahlt

hat und die Integration verweigert, bekommt kein Geld.

Mehr Geld für Familien

In den Jahren 2018 und 2019 wurden dem Steuerzahler so rund 4,8 Millionen Euro gespart. „Dieses eingesparte Geld wenden wir seit 1. Jänner 2021 an und die Wohnbeihilfe für Mehrpersonenhaushalte, sprich für Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, Ehepaare mit Mindestpension sowie Familien mit Kindern werden wir massiv erhöhen“, freut sich Haimbuchner. Konkret bedeutet dies zum Beispiel für eine Familie aus zwei

Erwachsenen und zwei Kindern, dass die Einkommensgrenze um beachtliche 678,60 Euro auf 2.621,69 Euro steigt. Gerade in Zeiten, in denen Mieten, Arbeitslosigkeit und die Zahl der Kurzarbeiter steigen bedeutet diese Anpassung der Wohnbeihilfe gerade für Mehrpersonenhaushalte eine echte Entlastung. Neben den aktuellen 7.500 Fördernehmern wird auch der Kreis der Förderberechtigten erweitert – so geht ein solidarisches und soziales Oberösterreich.

„Mir ist es wichtig zu erwähnen, dass die aufgezählten Beispiele keine Einzelfälle sind. Diese und tausende andere Beispiele zeigen mir, dass wir mit der erneuten Verbesserung der Wohnbeihilfe am richtigen Weg sind“, so Haimbuchner abschließend.

Hier ein paar konkrete Beispiele, wie sich die Maßnahme auf das Leben der Fördernehmer auswirkt:



Das **pensionierte Ehepaar S.** mit einer Mindestpension von 1.327,62 Euro netto monatlich (1.548,89 Euro im Jahreszwölftel) erhält bis dato 94,11 Euro Wohnbeihilfe. Zukünftig werden es 222 Euro pro Monat und damit **mehr als doppelt so viel** sein. Jährlich erhält das Ehepaar nun 1.534,68 Euro mehr Geld zur Bestreitung ihrer Wohnkosten. Das ist mehr als eine Monatspension!



Die **Familie K. mit fünf Personen**, davon zwei Erwachsene und drei Kinder erhält derzeit Wohnbeihilfe in Höhe von 65,13 Euro, künftig werden sie monatlich die höchstmögliche Wohnbeihilfe von 300 Euro pro Monat erhalten, also **um 234,87 Euro mehr**. Das sind im Jahre 2.818,44 Euro mehr als Unterstützung für leistbares Wohnen.



Die **alleinerziehende Mutter Frau G.** mit zwei Kindern bekommt momentan aufgrund ihres Einkommens 49,66 Euro Wohnbeihilfe und erhält künftig 277,50 Euro Wohnbeihilfe. Das sind **227,84 Euro pro Monat mehr**. Auf ein gesamtes Kalenderjahr aufgerechnet, sind das 2.734,08 Euro mehr, wodurch sich ihre Ausgaben für das Wohnen um die Hälfte vermindern.

Blackout: Eine reale Bedrohung

Europa ist Anfang des Jahres ganz knapp an einem Blackout - also einem überregionalen, längerfristigen Stromausfall - vorbeigeschrammt. Das Verteidigungsministerium rechnet in den nächsten Jahren zu hundert Prozent mit dem Eintritt eines flächendeckenden Zusammenbruchs des Stromnetzes. Um bestmöglich darauf vorbereitet zu sein, fordert die FPÖ den Ausbau von Kasernen zu sogenannten Sicherheitsinseln. „Sie würden Einsatzorganisationen bei Katastrophen und Krisenfällen als Vorratskammer dienen und darüber hinaus unabhängige Energie- und Wasserversorgung, Lagerkapazitäten sowie die Bevorratung mit relevanten Versorgungsgütern bieten. Damit bleiben die Einsatzorganisationen handlungsfähig und die Versorgung unserer Bevölkerung wäre garantiert“, betonen Klubobmann Ing. Herwig Mahr und Sicherheits-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger.

Als Blackout wird ein überregionaler, längerfristiger Stromausfall bezeichnet. Er kann durch natürliche Einwirkungen (Hochwasser, Gewitter oder Stürme, etc.) oder durch menschliches Handeln, sowohl unbeabsichtigt (Wartungsarbeiten, Schaltfehler, Grabungsarbeiten, etc.) als auch beabsichtigt (Terror- oder Cyberangriffe) ausgelöst werden. „Laut einer Umfrage hat ein Drittel der Bevölkerung den Begriff ‚Blackout‘ noch nie gehört. Und zwei Drittel fühlen sich weniger bis gar nicht auf eine längere Zeit ohne Strom vorbereitet“, ist dies für Klinger bedenklich.

Einen Abend ohne Strom stellt man sich ganz nett vor. Tatsächlich kommt es aber recht schnell zu gravierenden Versorgungsproblemen, zum Beispiel beim Wasser. Fällt der Strom einmal großflächig für einige Tage aus, hat das weitreichende Folgen, die teilweise unterschätzt werden. Ohne Strom würden auch keine Gasheizungen, keine Wasserver- und Abwasserentsorgung, keine Ampelsysteme, keine Tankstellen, keine elektronischen Zutrittsysteme und natürlich keine elektronische Kommunikation mehr funktionieren.

Für Krankenhäuser würde es spätestens nach 72 Stunden eng werden, wobei aufgrund von Daten einer jüngeren Bundesheer Blackout-Übung eine Ausfallhäufigkeit bei vielen Aggregaten schon nach elf Stunden eintreten könnte.

Ein Grund, warum die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts steigt, liegt im zunehmenden Einsatz und der zentralen Bedeutung der elektrischen Energie in allen Lebensbereichen. Die angestrebte steigende Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom ergibt zwar mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten, führt aber gleichzeitig

zu stärkeren Schwankungen im Stromnetz. „Um diese auch künftig ausgleichen zu können, sind der Ausbau von Pumpspeicher- und der weitere Einsatz von beste-

henden Gaskraftwerken erforderlich. Auch dem hochrangigen Stromnetz kommt dabei eine zentrale Rolle zu“, betonen Klinger und Mahr.

Ing. Wolfgang Klinger
Sicherheitslandesrat

Ing. Herwig Mahr
Klubobmann



Folgende Vorsichtsmaßnahmen sollten getroffen werden:

- ✓ Lebensmittel- & Getränkevorrat für sieben Tage
- ✓ Ersatzbeleuchtung
- ✓ Ersatzkochgelegenheiten
- ✓ Empfangseinrichtungen
- ✓ Erste-Hilfe-Apotheke
- ✓ Bargeld
- ✓ Hygieneartikel
- ✓ Notstromversorgung
- ✓ und alternative Heizmöglichkeiten

Danke für eure Leistung!

Oberösterreichweit verteilten FPÖ-Landesparteioibmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und der Welser Bürgermeister Dr. Andreas Rabl Pizzabaguettes an Leistungsträger und Hilfsbedürftige. „Mit der Verteilung von mehreren tausend kostenlosen Pizzabaguettes an Vertreter von (ehrenamtlichen) Hilfsorganisationen und Hilfsbedürftigen wollen wir ein kleines Zeichen setzen und zeigen, dass wir besonders in der Krise nicht auf unsere heimischen Leistungsträger vergessen“, erklärt Haimbuchner den Hintergrund der Aktion.

Im Vordergrund stand neben der Übergabe der Pizzabaguettes vor allem der Austausch mit jenen Personen, die einerseits besonders von der Pandemie betroffen sind beziehungsweise andererseits tagtäglich an vorderster Stelle gegen dieses heimtückische Virus kämpfen.

Daher besuchte Haimbuchner neben Kasernen des österreichischen Bundesheeres, der Bezirksleitstelle des Roten Kreuzes in Wels sowie der Feuerwehr und Polizei Wels auch die Ansfeldner Obdachlosenhilfsaktion und die Welser Tafel. „Um die Auswirkungen der Pandemie und die durch die Maßnahmen der Bundesregierung resultierenden Not-

lagen abzufedern, beschloss das Land Oberösterreich in den vergangenen Monaten zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen, wie die massive Erhöhung der Wohnbeihilfe in meinem Verantwortungsbereich. Personen, die unverschuldet in eine wirtschaftliche Notsituation gerutscht sind und nun unsere Hilfe benötigen, müssen wir bedingungslos unterstützen“, betont Haimbuchner.

Maßgeblich mitorganisiert wurde die Aktion vom Welser Bürgermeister Dr. Andreas Rabl. „Als Bürgermeister der Stadt Wels bin ich stolz auf all diejenigen, die sich tagtäglich an der Bekämpfung der aktuell grassierenden Corona-Pandemie beteiligen. Neben zahlreichen anderen Maßnahmen seitens der Stadt Wels wollen wir mit die-

ser kleinen Aufmerksamkeit unserem Dank und unsere Bewunderung für die unzähligen Helfer Ausdruck verleihen“, freut sich Rabl.

Zudem beteiligten sich auch Landesrat KommR Bürgermeister Ing. Wolfgang Klinger, der Linzer Sicherheitsstadtrat Dr. Michael Raml und der Rieder Vizebürgermeister Bundesrat Thomas Dim an der Aktion. Die freiheitlichen Politiker übergaben mehr als 9.000 Pizzabaguettes an das Landesfeuerwehrkommando, die Zehner-Kaserne Ried, das Stadtpolizeikommando Linz, das Linzer Rote Kreuz sowie der Hauptfeuerwache Linz und an den Linzer Samariterbund.



Foto: MICHAEL BMLV



Pizzabaguettes als Aufmerksamkeit für (ehrenamtliche) Hilfsorganisationen und Hilfsbedürftige verteilt.

Informiert bleiben:

Besuchen Sie
Manfred Haimbuchner
 in den sozialen Medien:



www.fpoe-ooe.at



t.me/manfredhaimbuchner



facebook.com/manfred.haimbuchner



instagram.com/manfredhaimbuchner



Impfen ja, impfen nein

Die boulevardeske Nabelschau, welcher Politiker sich impfen lässt oder nicht, lenkt völlig vom Versagen der Bundesregierung ab. Denn es gibt momentan viel zu wenig Impfstoffe für jene Österreicher, die sich impfen lassen wollen. „Außerdem ist die Entscheidung, ob man sich impfen lässt oder nicht, jedem selbst vorbehalten. Es darf keinen Impfpflicht oder eine Schlechterstellung von Ungeimpften geben! Sich impfen zu lassen, ist eine höchstpersönliche Entscheidung. Die hat jeder für sich persönlich und vor allem freiwillig zu treffen“, betont FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Bundesregierung verursacht stärksten Wirtschaftseinbruch

Die Bundesregierung hat mit ihrem dauernden Corona-Wirrwarr einen wirtschaftlichen Bauchfleck hingelegt. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres war Österreich das wirtschaftliche Schlusslicht Europas. Von Oktober bis Dezember schrumpfte die Wirtschaft um 4,3 Prozent im Vergleich mit den drei Monaten zuvor. Nimmt man den gleichen Zeitraum des Vorjahres als Maßstab, liegt das Minus sogar bei 7,8 Prozent. Im Jahresvergleich muss nur die spanische Wirtschaft mit minus 9,1 Prozent einen noch stärkeren Einbruch verkraften.



Demo-Verbote sind dunkle Stunde für Österreich

„Wenn der Bundesregierung der Druck seitens des Volkes zu groß wird, dann sollte sie das einmal zum Anlass nehmen, ihre realitätsfremde Coronapolitik zu überdenken und diese neu zu formulieren. Offenbar unfähig zur Selbstreflexion missbraucht man jedoch lieber die Instrumente des Rechtsstaats, um weiter ungestört in der eigenen geistigen Wagenburg residieren zu können. Und ja, es ist ein politischer Machtmissbrauch. Es fällt der Polizei ja nicht von sich aus ein, Demonstrationen, die sie bis dato stets vollumfänglich unter Kontrolle hatte, plötzlich unter Angabe fadenscheinigster Gründe zu untersagen“, so die klare Position von FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Frohe Ostern

wünscht Ihnen die FPÖ Oberösterreich

